



Detailansicht des Registereintrags

Bundespsychotherapeutenkammer

Aktuell seit 04.08.2026 12:56:28

Nicht rechtsfähiger Verein

Registernummer:	R001250
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	04.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtlich organisierter Zusammenschluss von Kammern
Kontaktdaten:	Adresse: Klosterstraße 64 10179 Berlin Deutschland Telefonnummer: +49302787850 E-Mail-Adressen: lobbyregister@bptk.de Webseiten: <u>www.bptk.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

490.001 bis 500.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,86

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Andrea Benecke**
Funktion: Präsidentin
2. **Dr. Nikolaus Melcop**
Funktion: Vizepräsident
3. **Cornelia Metge**
Funktion: Vizepräsidentin
4. **Wolfgang Schreck**
Funktion: Beisitzer im Vorstand
5. **Dr. Ben Möbius**
Funktion: Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (20):

1. **Timo Harfst**
2. **Dominique Krause**
3. **Carolin Böhmig**
4. **Dr. Johannes Klein-Heßling**
5. **Alke Seela**
6. **René Herschelman**
7. **Dr. Tina Wessels**
8. **Maximilian Bernecker**
9. **Ulrike Florian**
10. **Dr. Alessa Jansen**
11. **Sabrina Schneider**
Tätigkeit bis 04/24:
wissenschaftliche Mitarbeiterin
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
12. **Dr. Beate Mühlroth**
13. **Isabel Kerber**
14. **Helena Odenwald**
15. **Asne Senberg**
16. **Dr. Andrea Benecke**
17. **Dr. Nikolaus Melcop**

18. **Cornelia Metge**

19. **Wolfgang Schreck**

20. **Dr. Ben Möbius**

Gesamtzahl der Mitglieder:

12 Mitglieder am 26.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (12):

1. Aktionsbündnis Patientensicherheit e.V.
2. Bundesverband Freier Berufe (BfB)
3. Bundesverband Managed Care e.V.
4. Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V.
5. Deutscher Psychologie Preis
6. Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V.
7. gesundheitsziele.de (GVG)
8. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
9. Deutsches Netzwerk Evidenzbasierte Medizin e.V.
10. Deutsches Netzwerk Versorgungsforschung e.V.
11. Deutsche Liga für das Kind in Familie und Gesellschaft
12. KLUG - Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Arbeitsmarkt; EU-Gesetzgebung; Kinder- und Jugendpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Integration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Strafrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Krankenversicherung; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPtK) ist ein Zusammenschluss der Psychotherapeutenkammern der Bundesländer in der Rechtsform eines nicht eingetragenen Vereins, die sich für die Interessen der Psychotherapeut*innen auf Bundesebene gegenüber dem Gesetzgeber, den Bundesministerien und sonstigen bundesweit tätigen Gremien, Institutionen, Parteien und Verbänden im Gesundheitssystem sowie gegenüber der Öffentlichkeit einsetzt. Zu diesem Zweck wirkt die BPtK auf eine einheitliche Regelung der psychotherapeutischen Berufspflichten und der Grundsätze für die psychotherapeutische Tätigkeit auf allen Gebieten hin. Des Weiteren fördert die BPtK die Psychotherapieforschung und die wissenschaftlichen Grundlagendisziplinen der Psychotherapie und deren Weiterentwicklung, die

psychotherapeutische Aus-, Fort- und Weiterbildung, setzt sich für eine Qualitätssicherung der psychotherapeutischen Berufsausübung ein, wirkt auf die Angemessenheit psychotherapeutischer Arbeitsbedingungen hin und befördert den psychotherapeutischen Prozess. Außerdem wirbt die BPtK für ausreichende psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung im kurativen, präventiven und rehabilitativen Bereich, für innovative Versorgungsformen und für eine gesundheitswissenschaftlich ausgerichtete stationäre und ambulante Gesundheitsversorgung der Bevölkerung (Public Health). Grundlagen der Arbeit der BPtK sind der Meinungs- und Erfahrungsaustausch in der Psychotherapeutenchaft, die Vernetzung und die Kooperation mit externen Akteur*innen aus der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens, wissenschaftlichen Fachgesellschaften, Organisationen von Heil- und Gesundheitsberufen, Organisationen im Gesundheits- und Sozialwesen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik. Um die Rahmenbedingungen für Psychotherapeut*innen zu verbessern, verfasst die BPtK Stellungnahmen und Positionspapiere mit den oben genannten Zielen. In diesem Rahmen wird auf Herausforderungen in der psychotherapeutischen Tätigkeit aufmerksam gemacht und Vorschläge für gesetzliche Regelungen zur Förderung der psychotherapeutischen Tätigkeit auf allen Gebieten unterbreitet. Des Weiteren vernetzt die BPtK den BPtK-Vorstand mit Politiker*innen, um den direkten Austausch zu Belangen der Psychotherapeutenchaft, der Psychotherapie und der psychotherapeutischen Versorgung von Patient*innen zu fördern. Die BPtK veranstaltet öffentliche Fachveranstaltungen und Tagungen, übermittelt und veröffentlicht Stellungnahmen, Positionspapiere, Studien, Regelungsvorschläge und weitere Publikationen, um auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen, und sendet diese auch direkt an Mitglieder des Deutschen Bundestages und die Bundesministerien sowie deren Mitarbeitenden.

Konkrete Regelungsvorhaben (32)

1. Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz (GDAG)

Beschreibung:

Die BPtK wirbt dafür, dass die BPtK als Gesellschafterin der gematik gesetzlich vorgesehen wird.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 377/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13249 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit - (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250158 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft (WissZeitVG)

Beschreibung:

Die BpTK wirbt dafür, dass in den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft eine Ergänzung aufgenommen wird, um eine Harmonisierung der Vorschriften hinsichtlich aller für Psychotherapeut*innen und Ärzt*innen zu erwerbenden Qualifikationen zu erreichen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11559 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft

Zuständiges Ministerium: BMBF (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ÄArbVtrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407090037 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (PsychThApprO)

Beschreibung:

Die BpTK setzt sich dafür ein, dass strukturelle und organisatorische Probleme im Zusammenhang mit der Durchführung der bisherigen Parcoursprüfungen behoben werden; mittelfristig sollte ein grundsätzlich neues Prüfungsformat entwickelt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 360/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Zweite Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Zweite Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

PsychThApprO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

4. Vorschläge für Maßnahmen zur Bürokratieentlastung im Gesundheitswesen

Beschreibung:

Die BpTK wirbt für bürokratieentlastende Maßnahmen in der Psychotherapie.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406260127 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Versendet am 26.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Positionspapier Alkoholprävention

Beschreibung:

Die BPTK wirbt mit anderen Verbänden dafür, dass die Alkoholprävention in Deutschland gestärkt wird.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406260170 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2603260062 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

6. **Aktionsplan für ein diverses, inklusives, barrierefreies Gesundheitswesen**

Beschreibung:

Die BPTK setzt sich dafür ein, dass der Zugang zur Gesundheitsversorgung für marginalisierte Patientengruppen mit psychischen Erkrankungen verbessert wird.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409300110 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Entwurf eines Gesetzes zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe (IKJHG)

Beschreibung:

Die BPTK wirbt dafür, dass die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen mit seelischen Behinderungen stärker berücksichtigt werden. Psychotherapeut*innen sollen als Stellungnehmende explizit aufgeführt werden.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

Datum des Referentenentwurfs: 16.09.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 8 [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

8. Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Novellierung der Regelungen zur Lebendorganspende und weitere Änderungen

Beschreibung:

Die BPTK wirbt für eine Spezifizierung der Qualifizierungsanforderungen für die psychische Evaluation und Betreuung von Patient*innen vor und nach Organtransplantation im Gesetz.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 378/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Novellierung der Regelungen zur Lebendorganspende und weitere Änderungen

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13252 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Novellierung der Regelungen zur Lebendorganspende und weitere Änderungen

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TPG-GewV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2411250013** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Änderung der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte

Beschreibung:

Die BpTK wirbt dafür, die Zulassungsverordnung für Vertragsärzte zu ändern und darin Regelungen vorzusehen, die Ermächtigungen für die psychotherapeutische Versorgung vulnerabler Patientengruppen sowie für die Finanzierung der ambulanten Weiterbildung in Praxen vorsieht.

Betroffenes geltendes Recht:

ZO-Ärzte [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2411250010 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Versendet am 11.11.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

10. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nationalen Suizidprävention

Beschreibung:

Die BpTK wirbt dafür, dass die Suizidprävention in Deutschland gesetzlich gestärkt wird.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

11. Entwurf eines Bundesopferbeauftragtengesetz (BOpfBeG)

Beschreibung:

Die BpTK wirbt dafür, die Stellung der bzw. des Bundesopferbeauftragten gesetzlich zu verankern und psychotherapeutische Hilfen für Opfer im Gesetzentwurf explizit zu benennen.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

12. Elektronische Patientenakte für Kinder und Jugendliche

Beschreibung:

Die BpTK wirbt mit einem anderen Verband dafür, dass der Datenschutz der elektronischen Patientenakte für Kinder und Jugendliche gestärkt wird und Lücken geschlossen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503280034 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

13. Entwurf eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes

Beschreibung:

Die BpTK wirbt für eine Integration psychosozialer Notfallversorgung im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

14. Referentenentwurf zur Änderung der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte und Vertragszahnärzte

Beschreibung:

Die BpTK wirbt dafür, dass die zulässige Anzahl der Weiterbildungsassistent*innen in Praxen sich an den tatsächlichen Praxisarbeitszeiten der Vertragspsychotherapeut*in bzw. der Vertragsärzt*in bemessen. Des Weiteren fordert die BpTK, dass die Tätigkeit in einer Einrichtung der Erziehungsberatung mit der Tätigkeit als Vertragspsychotherapeut*in bzw. -ärzt*in grundsätzlich vereinbar ist.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Änderung der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte und Vertragszahnärzte (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 04.08.2025

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ZO-Ärzte [alle RV hierzu]; ZO-Zahnärzte [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

15. Qualitätssicherungsverfahren in der ambulanten Psychotherapie

Beschreibung:

Der Wissenschaftliche Beirat Psychotherapie nach § 8 PsychThG kritisiert die fehlende Evidenzbasierung des vom IQTIG im Auftrag des Gemeinsamen Bundesausschusses entwickelten QS-Verfahrens Ambulante Psychotherapie und wirbt in einem Positionspapier für seine Überlegungen zu einem wissenschaftlich fundierten QS-Ansatz in der Psychotherapie.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509240031 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

16. Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung im Gesundheitswesen

Beschreibung:

Die BpTK wirbt für gesetzliche und untergesetzliche Änderungen zur Entbürokratisierung in der Psychotherapie.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; PsychThG 2020 [alle RV hierzu]; BÄO [alle RV hierzu];
PsychThApprO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509240032 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

17. Gesetz zur Anpassung der Krankenhausreform

Beschreibung:

Die BPtK setzt sich für eine gesetzliche Änderung ein, dass die Spezielle Schmerzmedizin in den Leistungsgruppen abgebildet wird. Sie fordert Bürokratieabbau in der Psychiatrie und wirbt zudem für eine gesetzliche Regelung für die Finanzierung der stationären psychotherapeutischen Weiterbildung.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2512 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Krankenhausreform -
(Krankenhausreformanpassungsgesetz - KHAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; BPflV 1994 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512160035 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.12.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

18. BPtK-Studie Psychotherapie in Psychiatrien

Beschreibung:

Die BPtK weist mit ihrer Studie auf Handlungsbedarfe hin, wie die psychotherapeutische Versorgung in Psychiatrien verbessert werden sollte. In den Handlungsempfehlungen wirbt die BPtK für eine Weiterentwicklung der PPP-Richtlinie durch eine Anpassung der Minutenwerte für Psychotherapie, die Umwandlung von stationären Behandlungskapazitäten in teilstationäre oder ambulante Angebote, den Abbau bürokratischer Pflichten und mehr Digitalisierung.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512160038 (PDF - 64 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

19. **Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze**

Beschreibung:

Die BPtK setzt sich dafür ein, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, Unterstützung erhalten und nicht sanktioniert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/3541 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze

Zuständiges Ministerium: BMAS [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 2 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603260064** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.01.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

20. **Gesetz zur Stärkung von Medizinregistern und zur Verbesserung der Medizinregisterdatennutzung**

Beschreibung:

Die BPtK wirbt für eine gesetzliche Ergänzung, dass auch Psychotherapeut*innen in den Personenkreis, die an Konsilen teilnehmen, aufgenommen werden.

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512160069** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

21. **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026)**

Beschreibung:

Die BPtK wirbt dafür, dass der Bundeshaushalt 2026 geändert wird und die Bundesmittel für die Psychosozialen Zentren aufgestockt werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/600 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026)

Zuständiges Ministerium: [BMF](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512160068](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.11.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

22. **Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung**

Beschreibung:

Die BPtK setzt sich für eine gesetzliche Ergänzung ein, dass auch Psychotherapeut*innen als Berufsgruppe in den Integrierten Notfallzentren bzw. Integrierten Notfallzentren für Kinder und Jugendliche vorgesehen werden sollten.

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB 5](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2512160074](#) (PDF - 12 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

23. Appell: Hinsehen - schützen - stärken. Kinder aus psychisch und suchtselasteten Familien

Beschreibung:

Die BPtK wirbt gemeinsam mit anderen Verbänden für Reformen, damit Kinder psychisch oder suchterkrankter Eltern und ihre Familien bessere sozialgesetzbuchübergreifende Unterstützung erhalten.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 6 [alle RV hierzu]; SGB 8 [alle RV hierzu]; SGB9uaÄndG [alle RV hierzu]; SGB 12 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512160078 (PDF - 21 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.12.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

24. Einführung eines ausdrücklichen Beschlagnahmeverbots für die elektronischen Patientenakte

Beschreibung:

Einführung einer ausdrücklichen Regelung zum Beschlagnahmeverbot für Inhalte der elektronische Patientenakte (ePA), um den Schutz ärztlicher Schweigepflicht und Patientenrechte zu sichern

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/3192 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/1544 und zur Durchführung der Verordnung (EU) 2023/1543 über die grenzüberschreitende Sicherung und Herausgabe elektronischer Beweismittel in Strafverfahren innerhalb der Europäischen Union

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

StPO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Strafrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603260061** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.02.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

25. **Gesetzentw. zur Änderung d. Regelung ü. ärztl. Zwangsmaßn. im Betreuungsrecht u. z. Stärkung d. ultimaratio-Gebots sowie d. Selbstbest. d. Betroffenen**

Beschreibung:

Zulassung von Psychotherapeut*innen als Sachverständige in Verfahren zur gesetzlichen Unterbringung von Menschen mit psychischen Erkrankungen in psychiatrischen Krankenhäusern

Referentenentwurf:

Gesetz zur Änderung der Regelung über ärztliche Zwangsmaßnahmen im Betreuungsrecht und zur Stärkung des ultimaratio-Gebots sowie der Selbstbestimmung der Betroffenen (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 26.02.2026

Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

FamFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603260065** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

26. **Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen**

Beschreibung:

Die BpTK wirbt für eine Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen durch alltagsnahe Prävention, eine separate Bedarfsplanung für die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, eine Stärkung der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung sowie einem Ausbau interdisziplinärer Kooperation.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606250059 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.04.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

27. Gesetz für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen (GeDIG)**Beschreibung:**

Die BptK wirbt für die Möglichkeit zur Ausstellung elektronischer Überweisungen und den Zugriff auf vertragsärztliche elektronische Überweisungen im Hinblick auf den gesamten Behandlungsprozess. Darüber hinaus wirbt sie für eine Digitalisierung des Antrags- und Gutachterverfahrens in der ambulanten Psychotherapie. Im Hinblick auf die weitere Ausgestaltung der ePA fordert die BptK ein differenziertes Berechtigungsmanagement. Die Ausweitung der Leistungsempfehlungen durch die Kranken- und Pflegekassen lehnt die BptK ab.

Referentenentwurf:

Gesetz für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 06.05.2026

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606250060 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

28. **Gesetz zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz)**

Beschreibung:

Die BpTK wirbt für die Rücknahme der geplanten Rückführung der Vergütung psychotherapeutischer Leistungen in die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung (MGV), den Erhalt der Zuschläge zur Kurzzeittherapie, den Erhalt der Vergütungsregelungen für die Terminvermittlungsfälle. Die BpTK lehnt die Änderung des Krankengeldfallmanagements ab.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6130 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Krankenversicherung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2606250062 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2606250064 (PDF - 15 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.06.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

3. SG2606250065 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. SG2606250066 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. SG2606250070 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.06.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

29. Gesetz zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe (Erstes Kinder- und Jugendhilfestrukturereformgesetz, 1. KJHRSG)

Beschreibung:

Die BPtK wirbt erstens für eine Ausweitung des Leistungsanspruchs zur Begleitung von Behandlungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung auf ambulante Behandlungsmaßnahmen, zweitens für eine gesetzliche Verankerung psychotherapeutischer Stellungnahmen in der Bedarfsfeststellung, drittens eine Ausweitung der Kooperationsmöglichkeiten, sodass nicht nur bei Kindeswohlgefährdung, sondern für alle Kinder und Jugendlichen, die gleichzeitig Leistungen aus SGB V und SGB VIII erhalten, eine enge Abstimmung zwischen Jugendamt und behandelnden Psychotherapeut*innen bzw. Ärzt*innen gesetzlich ermöglicht wird.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Gesetz zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe (Erstes Kinder- und Jugendhilfestrukturereformgesetz, 1. KJHRSG)

Datum des Referentenentwurfs: 23.03.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 8 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606250075 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.04.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

30. Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Befristungsrechts im Wissenschaftsbereich

Beschreibung:

Mit dem Gesetzesvorschlag soll die Vereinbarkeit von ärztlicher bzw. psychotherapeutischer Weiterbildung und wissenschaftlicher Qualifizierung verbessert werden, indem befristete Arbeitsverträge mit Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen auch an Hochschulen und Forschungseinrichtungen nach dem ÄArbVtrG zulässig werden. Die BPtK begrüßt die dazu vorgeschlagenen Änderungen. Die Vermeidung des Begriffs „Fachpsychotherapeut“ durch Änderung in § 1 Absatz 6 ÄArbVtrG sieht die BPtK kritisch und fordert, den Begriff „Fachpsychotherapeut“ zu erhalten. Das vermeidet Missverständnisse insbesondere bezüglich der rechtlichen Grundlage der Anerkennung der Bezeichnungen.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft (WissZeitVG) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 26.05.2026

Federführendes Ministerium: BMFTR [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

WissZeitVG [\[alle RV hierzu\]](#); ÄArbVtrG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606250079** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [\[alle SG dorthin\]](#)

31. Nachhaltigkeit im deutschen Gesundheitssystem - Eckpunkte für eine Strategie

Beschreibung:

Als Erstunterzeichnende schließt sich die BPtK der Initiative des BKK-Dachverbands an und wirbt für ein nachhaltiges und klimaneutrales Gesundheitswesen.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606260161** (PDF - 46 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.06.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

32. **Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Hochschulrechtes und des Rechtes der
Graduiertenförderung des Bundes**

Beschreibung:

Mit dem Gesetzesvorschlag sollen u. a. Änderungen in der PsychThApprO aufgrund des Wegfalls des Hochschulrahmengesetzes erfolgen. Dazu wird § 2 PsychThApprO neu formuliert.

Die BPTK schlägt eine alternative Formulierung des § 2 PsychThApprO vor, da die im Gesetzentwurf enthaltene Formulierung nicht lediglich als redaktionelle Folgeänderung interpretiert, sondern in dem Sinne missverstanden werden könnte, dass bereits nach einem Bachelorstudiengang ein berufsqualifizierender Abschluss in einem Beruf möglich wäre. Für einen berufsqualifizierenden Abschluss für den Beruf der Psychotherapeut*in sind jedoch nach § 9 Absatz 3 PsychThG ein Bachelor- sowie ein darauf aufbauender Masterstudiengang erforderlich.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Hochschulrechtes und des Rechtes der Graduiertenförderung des Bundes

Datum des Referentenentwurfs: 03.06.2026

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PsychThApprO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606260160** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 26.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

4.580.001 bis 4.590.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (4):

1. Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen
2. Psychotherapeutenkammer Bayern
3. Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg
4. Psychotherapeutenkammer Hessen